

Inhaltsverzeichnis

Schrifttum	11
Abkürzungsverzeichnis	19
Einführung	25
A. Problemstellung	25
B. Gang der Untersuchung und Eingrenzung der Arbeit	29
Erster Teil: Instrumentarium des deutschen Zivilrechts zur Bündelung gleichgerichteter Interessen im Prozess und sonstige Instrumente des Verbraucherschutzes	32
A. Einführung	32
B. Instrumente zur Interessenbündelung sowie Schwachstellen hinsichtlich Streuschäden	33
I. Streitgenossenschaft (§§ 59 ff. ZPO)	33
1. Einführung	33
2. Entstehung, Anwendungsbereich und Abgrenzung	33
3. Die einfache Streitgenossenschaft	33
4. Die Wirkungen der einfachen Streitgenossenschaft (§ 61 ZPO)	34
5. Die notwendige Streitgenossenschaft (§ 62 ZPO)	34
6. Die Wirkungen der notwendigen Streitgenossenschaft	35
7. Schwachstellen der Streitgenossenschaft hinsichtlich Streuschäden	35
II. Prozessverbindung (§ 147 ZPO)	37
1. Einführung	38
2. Voraussetzungen der Prozessverbindung	38
3. Die Wirkungen der Prozessverbindung	39
4. Schwachstellen der Prozessverbindung hinsichtlich Streuschäden	39
III. Die Nebenintervention (§§ 66 bis 71 ZPO)	41
1. Einführung	41
2. Voraussetzungen und Rechtsfolge der Nebenintervention sowie Rechtsstellung des beigetretenen Nebenintervenienten (Vorprozess)	42
3. Die Wirkungen der Nebenintervention (Folgeprozess)	43
4. Schwachstellen der Nebenintervention im Hinblick auf Streuschäden	44

IV.	Ansprüche bei Verbraucherrechtsverstößen (§§ 1, 2, 3 UKlaG)	45
1.	Unterlassungs- und Widerrufsanspruch sowie allgemeiner Beseitigungsanspruch bei allgemeinen Geschäftsbedingungen (§ 1 UKlaG)	46
a.	Der Unterlassungsanspruch	46
b.	Der Widerrufsanspruch	47
c.	Der allgemeine Beseitigungsanspruch	48
2.	Unterlassungsanspruch bei Verstößen gegen Verbrauchergesetze (§ 2 UKlaG)	48
3.	Anspruchsberechtigte (§ 3 UKlaG) der Ansprüche nach §§ 1, 2 UKlaG	49
4.	Schwachstellen der Ansprüche im Hinblick auf Streuschäden	50
V.	Einziehungsklage nach § 79 Abs. 2 Nr. 3 ZPO	51
1.	Einführung	51
2.	Voraussetzungen und Regelungsgehalt	53
3.	Schwachstellen im Hinblick auf Streuschäden	53
C.	Sonstige Instrumente des Verbraucherschutzes und Schwachstellen im Hinblick auf Streuschäden	54
I.	Verordnung (EG) Nr. 861/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zur Einführung eines Verfahrens über geringfügige Forderungen	54
1.	Einführung	54
2.	Anwendungsbereich der Verordnung	55
3.	Einleitung des Verfahrens	55
4.	Mündliche Verhandlung, Kosten und Sprache im Verfahren	56
5.	Schwachstellen im Hinblick auf Streuschäden	56
II.	Richtlinie 2008/52/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2008 über bestimmte Aspekte der Mediation in Zivil- und Handelssachen	57
1.	Einführung	57
2.	Anwendungsbereich der Richtlinie	58
3.	Regelungsgehalt der Richtlinie	59
4.	Verhältnis zu laufenden Gerichtsverfahren	59
5.	Schwachstellen im Hinblick auf Streuschäden	60
III.	Gewinnabschöpfung nach § 10 UWG	61
1.	Entstehungsgeschichte, Einordnung und Regelungszweck	61
a.	Entstehungsgeschichte	61
b.	Einordnung	62
c.	Regelungszweck	63

2.	Tatbestand	65
a.	Vorsätzliche Zuwiderhandlung gegen § 3 oder § 7 UWG	65
b.	Erzielung eines Gewinns zu Lasten einer Vielzahl von Abnehmern	65
aa.	Gewinn	65
bb.	Zu Lasten einer Vielzahl von Abnehmern	66
c.	Auf den Gewinn anrechenbare Leistungen (§ 10 Abs. 2 S. 1 UWG)	68
d.	Rückabwicklung (§ 10 Abs. 2 S. 2 UWG)	69
e.	Beweislast	69
3.	Rechtsfolgen	69
a.	Anspruch auf Gewinnherausgabe	69
aa.	Inhalt und Durchsetzung des Anspruchs	69
bb.	Anspruchsverpflichtung	71
cc.	Anspruchsberechtigung	72
dd.	Sonderfall: Mehrheit von Gläubigern	72
ee.	Einwand des Rechtsmissbrauchs	74
b.	Gewinnabführung an den Bundeshaushalt	74
aa.	Auskunftsanspruch der zuständigen Stelle des Bundes (§ 10 Abs. 4 S. 1 UWG)	74
bb.	Aufwendungsersatz (§ 10 Abs. 4 S. 2, 3 UWG)	75
4.	Kritik an Ausgestaltung des § 10 UWG	76
a.	Verfassungsrechtliche Bedenken	76
aa.	Einwände der Literatur	76
bb.	Stellungnahme	76
cc.	Ergebnis	79
b.	Kritik am Vorsatzerfordernis	79
aa.	Teile der Literatur: Ausweitung auf grob fahr- lässiges Verhalten	80
bb.	Anforderungen an den Vorsatz in der Recht- sprechung	80
cc.	Stellungnahme	84
c.	Kritik am Tatbestandsmerkmal „zu Lasten“	87
aa.	Begriffsverständnis nach <i>Alexander</i>	87
bb.	Begriffsverständnis nach <i>von Braunmühl</i>	88
cc.	Begriffsverständnis nach <i>Pokrant/Köhler</i>	89
dd.	Stellungnahme und Ergebnis	90
d.	Kritik am Tatbestandsmerkmal „Gewinnabführung an den Bundeshaushalt“	94
aa.	Gesetzesbegründung	94
bb.	Stellungnahme und Ergebnis	94
D.	Zusammenfassung des ersten Teils	96

Zweiter Teil: Lösungsansätze zur Bekämpfung von Streuschäden –	
grundsätzliche Arten kollektiver Rechtsbehelfe	97
A. Einführung	97
B. Arten kollektiver Rechtsbehelfe	98
I. Sammelklage (US-Typ)	98
1. Begriff	98
2. Rechtspolitische Gründe für die Einführung einer Sammelklage	99
a. „Ordnungspolitische Gründe“	99
b. „Effektuierungsargument“	100
c. „Entlastungsargument“	100
3. Zur Geeignetheit hinsichtlich der Bekämpfung von Streuschäden	100
4. Zusammenfassung und Ergebnis	103
II. Musterprozess	103
1. Begriff	103
2. Funktionen des Musterprozesses	105
3. Grundsätzliche Nachteile des Musterprozesses	106
4. Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz (KapMuG) als Beispiel	107
a. Einleitung, Hintergrund und Regelungszweck	107
b. Anwendungsbereich	108
c. Regelungsansatz im KapMuG	109
d. Ausweitung des Regelungsansatzes im KapMuG auf Streuschäden außerhalb des Kapitalmarktrechts?	112
aa. Dogmatische Einordnung des Verfahrens und Rechtsstellung der Musterpartei	112
bb. Stellungnahme und Ergebnis zur Frage einer möglichen Ausweitung	114
5. Verwaltungsgerichtliches Musterverfahren (§ 93 a VwGO) als Beispiel	116
a. Einleitung, Hintergrund und Regelungszweck	117
b. Anwendungsbereich	117
c. Regelungsansatz in § 93 a VwGO	118
d. Ausweitung des Regelungsansatzes in § 93 a VwGO auf Streuschäden?	119
aa. Stellungnahme	119
bb. Ergebnis	121
6. Zusammenfassung und Ergebnis	121

III. Verbandsklage	122
1. Begriff und dogmatische Einordnung	122
a. Begriff	122
b. Dogmatische Einordnung	123
2. Zweck der Verbandsklage	124
3. Sonderfall: Klagen mehrerer Verbände	124
a. Problemstellung	124
b. Stellungnahme und Ergebnis	125
4. Verbandsklage als Instrument zur Bekämpfung von Streuschäden?	126
a. Grundsätzliche Eignung	126
b. Alternativ: Behörde als Abschöpfungsberechtigte?	128
c. Orientierung an § 10 UWG?	130
C. Zusammenfassung des zweiten Teils	130
Dritter Teil: Anforderungen an einen über § 10 UWG hinausgehenden Gewinnabschöpfungsanspruch	132
A. Einführung	132
B. Anforderungen an eine Neuregelung	132
I. Anforderungen an den Tatbestand	132
1. Ausweitung auf weitere, in § 10 UWG bislang nicht erfasste Verstöße?	132
a. Ausgangspunkt	132
b. Erfasste Verstöße nach geltendem Recht	133
c. Stellungnahme und Ergebnis	135
2. Ausweitung auf grobe Fahrlässigkeit?	137
a. Stellungnahme	137
b. Ergebnis	139
3. Empfänger des abgeschöpften Gewinns	139
a. Ausgangspunkt	139
aa. Verteilung des Gewinns an die Geschädigten?	139
bb. Verbleib des Gewinns beim aktivlegitimierten Verband?	142
b. Zusammenfassung und Ergebnis	144
II. Sonstige Anforderungen	144
1. Sollen mehrere Verbände gleichzeitig klagen können?	144
a. Stellungnahme	144
b. Ergebnis	147
2. Soll der geschädigte Verbraucher von der erfolgreichen Geltendmachung der Gewinnabschöpfungsklage im Rahmen einer von ihm nachträglich angestrebten Individualklage profitieren?	147
a. Ausgangspunkt	147

Inhaltsverzeichnis

b.	Wertungskriterien und Stellungnahme	147
c.	Ergebnis	149
C.	Zusammenfassung des dritten Teils	149
	Zusammenfassung der Ergebnisse der Arbeit	150